„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Ca

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835–1837 Halifax St. Regina, Sask.

Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 25. April 1923 | 12 Seiten | Nummer 25

Unruhen im Ruhrgebiet

Französische Mißwirtschaft und Brutalität Deutschlands Bedingungen. — Verhandlungen sollen bevorstehen

Drei Tage lang herrschte der rote Schrecken in Mülheim.

Mülheim, 24. April. — Mülheim, das drei Tage lang von kommunistischen Massen in Schrecken gesetzt war, steht wieder unter Leitung der rechtmäßigen deutschen Behörden. Die 300 Schutzleute und städtische Beamte, welche in dem Rathaus belagert waren, machten aus dem festungsähnlichen Gebäude einen Ausfall. Sie durchbrachen die Reihen der Belagerer, faßten sie von hinten, verhafteten viele und übernahmen die Herrschaft über die Stadt.

Franzosen hieran Schuld.

Berlin, 24. April. — Nach Depeschen an Berliner Zeitungen verweigerten die Franzosen das Gesuch der Behörden von Mülheim, Polizei aus anderen Orten in die Stadt zu lassen, um die kommunistischen Unruhen der zwei letzten Tage zu unterdrücken. Wie die Vossische Zeitung sagt, machte Mülheim eine Schreckensherrschaft durch. Mord ist ein gewöhnliches Geschehnis, viele Tote und verwundete wurden von den Straßen weggebracht. Nach Flüchtlingen aus der Stadt sind die arbeitslosen Massen in vollständiger Kontrolle. Die Läden wurden nach Waffen geplündert, mit Gewehren, Messern, Stöcken und Peitschen bewaffnete Scharen schwärmen durch die Straßen. Einige wenige Detektivs verteidigen das Rathaus, das angegriffen wurde. Nach deutschen Quellen trafen die französischen Okkupationstruppen offenbar keine Schritte zum Eingreifen.

Zwei badische Orte geraubt.

Freiburg, 24. April. — Französische Truppen aus Offenburg besetzten die badischen Ortschaften Ortenburg und Gengenbach an der Schwarzwaldbahn.

Rosenberg protestiert gegen die Ausweisung Hatzfeldts.

Berlin, 24. April. — Der Auslandminister Frhr. von Rosenberg hat im Reichstag ausdrücklich gegen die, von der Interalliierten Rheinland-Kommission auf Antrag des französischen Vertreters in der Körperschaft verfügte Ausweisung des deutschen Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürst Hermann von Hatzfeldt-Wildenburg, energisch protestiert.

Die Interalliierte Rheinland-Kommission erniedrigt sich immer tiefer, zum Werkzeug der französischen Politik der Willkür und Brutalität. Wie zu der Alliierten Gutmachungs-Kommission herrscht auch in der rheinischen Körperschaft der Alliierten der Wille Frankreichs unbeschränkt. Die Ausweisung an sich wird hier in Zusammenhang gebracht mit der letzten Krampfanstrengung Poincares, durch äußerste Verschärfung des Zwanges seiner Politik zum Siege zu verhelfen.

Meldung von „Normalität" des Bahnverkehrs eine Lüge.

Wie es mit solchem „Siege" aussieht, davon kann sich jeder durch einen Besuch auch nur Düsseldorfs überzeugen. Er wird ausfinden, daß die Havas-Meldung, der Bahnverkehr im besetzten Gebiet sei vollständig normal, vollständig erlogen ist. Der deutsche Bahnhof stellt ein Bild von Verödung, Verlassenheit und Vernachlässigung unter der französischen Mißwirtschaft dar. Die früher prächtige Halle ist schmutzig. Von einem „normalen" Verkehr ist keine Spur.

Deutschlands Bedingungen zur Beilegung des Ruhrkonfliktes.

Berlin, 24. April. — Zum erstenmal wurden von Dr. Hugo Stresemann, dem Vorsitzenden des Ausschusses für ausländische Angelegenheiten, in seiner Ansprache, die er im Reichstag hielt, definitive Bedingungen bekannt gegeben, unter denen Deutschland willens sei, die Ruhrfrage mit den Franzosen und Alliierten zu erledigen. Diese Bedingungen folgen: Der Gesamtbetrag der Kriegsentschädigung soll vorläufig auf 20,000,000,000 Goldmark festgesetzt werden; ein Ausschuß von Fachkundigen soll, wie vom Staatssekretär Hughes von den Ver. Staaten schon vorgeschlagen worden ist, die Verhältnisse in Deutschland eingehend studieren, um dann endgiltig den Betrag der Kriegsentschädigung zu bestimmen; diese Entschädigung soll dann durch die Industriemächte Deutschlands garantiert werden; der Kredit Deutschlands soll bei den Alliierten wieder hergestellt werden.

Diese Bedingungen sind fast genau dieselben, welche der Kanzler Cuno bereits früher gutgeheißen hatte und welche Karl Bergmann den in Paris versammelten Premierministern der alliierten Mächte vorlegen wollte, die ihn aber nicht anhörten. Damals war die endgiltige Summe der Kriegsentschädigung auf 30,000,000,000 Goldmark festgesetzt worden, wovon aber das erste Drittel von Alliierten geborgt werden sollte. Der Umstand, daß Stresemann diese Bedingungen unmittelbar nach der Rede des Auslandministers Rosenberg veröffentlichte, wird in politischen und diplomatischen Kreisen als bedeutend erachtet. Im Grunde genommen war Rosenbergs Rede weiter nichts als das Vorspiel zur Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreichs betreffs der Ruhrgebiet-Besetzung.

Stresemann befaßte sich in seiner Rede im besonderen mit der Frage, ob es sich in diesem Falle wirklich um eine Entschädigung oder Annektierung seitens Frankreichs handele. Sollte Frankreich es auf einer Annektierung abgesehen haben, sagt er mit Nachdruck, dann würde Deutschland niemals nachgeben. Er deutete ferner an, daß nach seiner Ansicht Frankreich beabsichtige, das Ruhrgebiet von Deutschland loszureißen, was sich schon aus dem Umstande erkennen lasse, daß so viele Bewohner dieser Gegend verjagt werden. Sollte es daher zu Verhandlungen kommen, erklärte er weiter, würde die erste Bedingung sein, daß die, welche aus der Gegend verbannt worden seien, wieder zurückgeholt würden.

Versailler Vertrag steht Frieden zwischen Frankreich und Deutschland im Wege, erklärt britische Arbeiterkommission.

London, 24. April. — Die britische Arbeiterdelegation, die eine Prüfung der Ruhrlage an Ort und Stelle vorgenommen, erklärt in einem soeben ausgegebenen Berichte, daß so lange der Versailler Vertrag in Kraft es unmöglich sei, eine gerechte Lösung der Frage zu finden. Der Bericht verlangt, daß Frankreich und Deutschland sofort nahegelegt werden soll, ihre Vorschläge einem internationalen Gerichtshofe zu unterbreiten, und dies solle von England ausgehen. „Keine Regelung kann erwartet werden, wenn die Franzosen, Belgier und Deutschen sich selbst überlassen bleiben, da früher oder später sie zum Kampfe schreiten werden, was schreckliche Folgen für Europa und die Welt haben würde."

Frankreich wirft mit der Wurst nach dem Schinken.

London. — „Frankreich spendet Millionen für die Besetzung und bekommt nichts dafür, es verwendet einen Walfisch, um eine Sprotte zu fangen," erklärte die Abordnung der britischen Arbeiterpartei in ihrem Bericht. Die Delegation war in der Ruhr, um mit eigenen Augen zu sehen.

Verhandlungen sollen bevorstehen.

Washington, 24. April. — Dem Vernehmen nach haben in der Ruhrkrise noch keine diplomatischen Verhandlungen begonnen. Verschiedene interessierte europäische Mächte beraten aber mit guter Aussicht auf Schaffung einer Lage, wo eine Regelung erzielt werden kann. Deutschland wird nach Angaben von hoher Stelle Frankreich direkt eine bestimmte Entschädigungssumme anbieten. Dies ist ein Zugeständnis an den französischen Standpunkt, daß Deutschland Frankreich direkt einen Vorschlag zu machen hat, einigermaßen in der Form einer Uebergabe. Deutschland erhält die Zusicherung, daß das Angebot angenommen wird. Die Ver. Staaten werden schließlich wahrscheinlich eine wichtige, wenn auch indirekte Rolle spielen. Eine internationale Kommission nach dem Vorschlag von Sekretär Hughes, in welcher dieses Land vertreten wäre, wird unter Umständen zur Festsetzung des Entschädigungsbetrags errichtet.

Post- und Telegraphendienst in Mainz eingestellt.

Der gesamte Post- und Telegraphendienst in Mainz wurde von den Franzosen suspendiert, gestützt auf eine Anordnung der Rheinlandkommission, durch welchen der französischen Ingenieurs-Kommission das Recht verliehen wurde, ihre Autorität auf alle besetzten Gebiete, die englische Zone ausgenommen, auszudehnen.

Politik und Wirtschaft in Canada

Banken und Zinsrate.

Das Finanz-Komitee des Dominion Parlaments hat Amendements zum Bank-Gesetz in Beratung und zeigt es sich dabei, daß die Banken nicht gern eine Aenderung in irgend welcher Hinsicht wünschen. Verschiedene Bankpräsidenten, die vor dem Komitee Aussagen machten, erklärten sich auch dahin, daß die Banken (deren Sitz resp. Hauptquartier ja im Osten) dem canadischen Westen großartige Hilfe geleistet hätten. Die Banken hätten sehr viel Geld im Westen ausgeliehen und auch sehr viel Geld dort verloren. Wir nehmen jedoch an, daß die Verluste nicht allzu hoch sind im Vergleich zu den im Westen gemachten Gewinnen. Die im Westen allgemeine Zinsrate auf Bankanleihen beträgt ja wenigstens 8 Prozent und dabei sollte sich doch ein gutes Stück Geld verdienen lassen.

Einige der Komiteemitglieder meinten, daß die Banken zu große Macht besäßen und daß sie indirekt die Preise für Kommoditäten festsetzen, indem sie die Zirkulation des Geldes kontrollieren. Die Herren Bankvertreter aber wollten dies nicht zugeben und meinten, daß die Banken nichts mit der Festsetzung von Preisen zu tun hätten.

Interessant war auch die Erklärung des Präsidenten der Canadian Bank of Commerce, daß diese Bank der C. N. R. auf Ersuchen der Regierungen von Alberta und der Dominion 40 Millionen Dollars vorgestreckt habe. Damit habe diese Bank den Provinzen des Westens einen ungeheuren Dienst erwiesen. „Es gibt keine Bank, die so viel für West-Canada getan hat, als die Bank of Commerce. Man hat uns getadelt, daß wir Mackenzie & Mann so viel Geld geliehen. Aber mir scheint, die Bewohner des Westens sollten der Bank of Commerce auf den Knien dafür danken, daß sie den beiden großen Männern, Mackenzie und Mann, dabei half, den Westen zu entwickeln. Wenn diese Bank nicht gewesen wäre, hätten wir keine C. N. R.-Bahnlinie. Wir hätten dann nur den großen Oktopus, die Canadian Pacific Bahn."

Betreffs der Finanzierung der westlichen Landwirtschaft meinte derselbe Herr, daß die Regierungen Geld leihen sollten auf langfristige Bonds (zahlbar in 20 Jahren oder so) und dann dies Geld zu mäßigen Zinsen und auf 5- bis 10jährige Rückzahlung leihen. Die Frist sollte nur eine verhältnismäßig kurze sein, da die Zinsrate wohl in den nächsten Jahren fallen würde. Die Leih- und Hypotheken-Gesellschaften nähmen an 8 Prozent Zinsen und seien indirekt zu dieser hohen Rate gezwungen durch gewisse westliche Gesetze, die das Einkollektieren der geliehenen Beträge erschwerten. Auch die Banken müßten diesen Zins fordern, wenn sie die Zinsen auf Sparkassen-Einlagen und die allgemeinen Unkosten decken und einen geringen Gewinn aus dem Geschäft machen wollten.

* * *

Nicht so schlimm, als Manche es machen.

Wir erinnern uns dessen, daß eine östliche Zeitung vor nicht langer Zeit den Westen ein J. O. U. (Ich-Schulde-Dir) Land nannte — ein Land, das vom Osten Unsummen geliehen, dafür Papiere mit jenen Buchstaben beschrieben resp. Schuldscheine oder Mortgages gegeben hätte, und nun, wo die Zeit zum Zahlen komme, kein Geld habe. Dieselbe Zeitung schrieb, daß der ganze Westen sozusagen „broke" sei. Natürlich war das eine gewaltige Uebertreibung. Aber solches Gerede hat dem Westen sicher geschadet und schadet ihm noch weiter. Es gab auch viele Alarm-Propheten im Parlament und manche von diesen haben in den letzten Monaten die wirtschaftlichen Zustände im Westen in den dunkelsten Farben geschildert. Da ist es denn recht erfrischend, wenn auch mal die andere Seite zu Worte kommt. — Vor dem Landwirtschaftlichen Komitee erklärte sich letzte Woche ein gewisser R. B. Williams dahin, daß die Farmerei im Westen — wenn richtig betrieben — eine lohnende Beschäftigung sei. Er sprach über den Distrikt Abernethy — nordöstlich von Regina — einem Distrikt, 18 Meilen lang und 8 Meilen breit. In dieser Gegend, so sagte er, blühe und gedeihe die Landwirtschaft, die Aussichten seien die besten und in den letzten 10 Jahren hätten nur 3 Mortgage-Verkäufe von Farmen stattgefunden. Als Anleihe-Agent kenne er die Finanzverhältnisse des Gebiets sehr gut und führte dann einige Beispiele erfolgreicher Farmer an. Einer kaufte im Jahr 1911 eine 640 Acker Farm für 25,000 Dollars und $5000 Baranzahlung. Im Dezember 1922 schuldete er nur noch $4500 und konnte dagegen Bestände im Werte von $28,700 aufweisen. Dabei hat er eine Familie von 5 Kindern. Ein anderer kaufte sich eine 480 Acker Farm im Jahre 1911 und zahlte nur wenig von dem 19,200 Dollars betragenden Kaufpreis an. Im Jahre 1921 hatte er einen freien Besitztitel und kaufte dann noch 160 Acker, wozu er das Geld durch eine Mortgage von $8800 aufbrachte. Am 1. Jan. 1923 ersuchte er die Leihgesellschaft, neben der fälligen Zahlung noch $1000 weiter als Abschlagszahlung anzunehmen.

Wenn also einerseits nicht alles Gold ist, was glänzt, ist doch auch andererseits nicht alles Pech, was schwarz aussieht. Und wenn auch Herrn Williams' Bild vom Wohlstand der Farmer des Westens heute nicht allgemein paßt, so muß man doch sagen, daß allenthalben, wo die Farmer einigermaßen gut und vorsichtig gewirtschaftet haben, das Gerede von „broke" durchaus unangebracht ist.

In ähnlicher Weise sprach sich auch der Landwirtschaftsminister von Saskatchewan, Hon. C. M. Hamilton, aus. Auch er ist der Ansicht, daß Leute, die sich wirklich um ihre Farmerei bekümmern und ehrlich und fleißig bemüht und sich von Extravaganzen ferngehalten haben, keinerlei Ursache haben, darüber traurig zu sein, daß sie eine Farm im Westen haben. Wenn auch heute die Zustände in einem mehr oder weniger kritischen Stadium sind, so ist das nicht nur eine Erscheinung im Westen, sondern es ist ähnlich so im Osten und mehr oder weniger (mit Nachdruck auf mehr) in der ganzen Welt. Sollte das Parlaments-Komitee ausfinden, daß die Regierung in irgend einer Weise behilflich sein kann, Zustände und Lebensbedingungen zu bessern, so wird das Spezialkomitee dahingehende Vorschläge unterbreiten."

* * *

Kombines und Trusts.

Wir leben ja in einem Zeitalter der Verbindungen, Zusammenschließungen, Kombinationen und Trusts. Das Komitee, das da untersucht, ob diese Trusts eine schädliche Wirkung auf das wirtschaftliche Leben ausüben, hat bereits zu Genüge in Ermittelung gebracht, daß das der Fall ist. Durch diese Kombines und Trusts werden die Lebenskosten erhöht, genossenschaftliches Kaufen u. s. w. unterbunden, die Konkurrenz ausgeschaltet und so im allgemeinen das Publikum „übers Ohr gehauen." Darum ist die Regierung entschlossen, diesen Trusts und Kombinationen das Handwerk zu legen. Die Konservativen haben sich dahin ausgesprochen, daß sie diese Maßnahme bis zum äußersten bekämpfen werden, doch sollten die Liberalen mit Hilfe der Progressiven imstande sein, das Gewünschte zu erreichen.

Letzte Nachrichten

Ottawa. — Ein Gesetzentwurf zur Amendierung des Naturalisations-Gesetzes, drei wichtige Aenderungen in diesem Gesetze vorsehend, wurde vom Dominion-Parlament in zweiter Lesung angenommen; bei den Komiter-Beratungen wurde der Gesetzentwurf aufgehalten, indem von konservativer Seite gegen einen der drei Zusätze opponiert wurde. Das neue Gesetz sieht erstens eine Vereinheitlichung des canadischen Naturalisationssystems mit demjenigen Großbritanniens und anderer britischer Dominionen vor; zweitens sollen die umständlichen Gerichtsprozeduren zwecks Erlangung der Bürgerpapiere abgeschafft werden und solche in Zukunft direkt vom Department des Staatssekretärs zu erlangen sein; drittens soll es allen früheren sogenannten Feinden (alien enemies) in Zukunft wieder gestattet sein, die canadischen Bürgerpapiere zu erwerben.

London. — Zum ersten Male kam im britischen Hause der Gemeinen eine Prohibitionsvorlage zur Debatte. Nach eingehendem Hin und Her wurde die zweite Lesung der Vorlage mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Berlin. — Der „Tag" veröffentlicht einen Geheimbericht der französischen Regierung über die vielen Desertationen der Soldaten, die den Ruhrbesetzungstruppen angehören. In der 128sten Division allein sollen über 200 Soldaten desertiert sein.

Paris. — Französische Arbeiterverbände haben einen Ausschuß mit den Vorbereitungen für einen großen Streik und eine öffentliche Kundgebung gegen die Ruhrbesetzung, die Boden- und Lohnsteuer am 1. Mai beauftragt. Man befürchtet eine Wiederholung der schweren Unruhen am 1. Mai 1920.

Cuther prosperiert durch Kontrolle des Getränkehandels.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Schatzmeisters ist Quebec jetzt die finanziell am günstigsten gestellte Provinz Canadas. Der Bericht macht folgende Angaben:

Im Jahre 1898 betrugen die regulären Einkünfte der Provinz $4,176,139 oder $2.44 auf den Kopf der Bevölkerung. Die Ausgaben beliefen sich auf $5,237,665 oder $3.06 auf den Kopf der Bevölkerung, so daß ein für jeden Einwohner der Provinz errechnetes Defizit von 62 Cent verblieb. Die Schulden betrugen damals $28.77 auf den Kopf der Bevölkerung.

Letztes Jahr waren die regulären Einnahmen $21,609,396 oder $9.15 für den Kopf und die Ausgaben waren in gleichem Verhältnisse $7.62, woraus sich auf den Kopf der Bevölkerung ein Ueberschuß von $2.13 ergab.

Im Jahre 1898 gab die Regierung $434,360 für Unterrichtszwecke aus, im letzten Jahre $1,752,342. Die Ausgaben für die Landwirtschaft sind von $123,226 im Jahre 1898 auf $1,351,000 gestiegen, die Ausgaben für Straßenbauten von $40,000,000 auf $6,346,946 und die Ausgaben für Kolonisation von $110,250 auf $2,131,998.

Im letzten Jahr, als alle Provinzen Canadas und fast alle Nationen der Welt Bondsausgaben, war die Provinz Quebec in der Lage, für eine Viertel Million früher ausgegebene Bonds einzulösen.

Gleichzeitig wird von der Provinzadministration mitgeteilt, daß unter dem in Quebec eingeführten Getränkemonopol im Vorjahr für 15 Millionen Dollar Spirituosen verkauft wurden, aus denen die Provinz, nur die „Provincial Liquor Commission" eingeht, einen Profit von rund $5,500,000 erzielte. Der weitaus größte Teil dieser Spirituosen wurde von Amerikanern teils persönlich, teils auf Schleichwegen eingeführt.

Zu bemerken ist, daß Quebec seit Einführung des Getränkemonopols in der Lage war, verschiedene Steuern zu reduzieren und die Fischereiabgaben, sowie die Sandgrundzinsen auf die Austern- und die Kabeljaufischerei ganz abzuschaffen.

Daß die Bevölkerung mit den Zuständen vollkommen zufrieden ist, geht am klarsten daraus hervor, daß bei der letzten Wahl die liberale Partei, welche für die Beibehaltung des jetzigen Systems eintritt, über die Konservativen, die den Getränkehandel wieder unter die Kontrolle von Privatunternehmungen bringen möchten und über die Prohibitionisten einen glänzenden Sieg davontrugen. Alle liberalen Kandidaten wurden mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Die amtlichen Berichte weisen aus, daß die Bewohner von Quebec infolge ihres Gewinns geistiger Getränke außerst mäßig sind und nur etwa sechs Dollars jährlich auf den Kopf der Bevölkerung für Spirituosen ausgeben.

* * *

Will Abstimmung sichern.

Ein konservativer Abgeordneter der Legislatur Alberta, Samuel Shaw, hat einen Antrag eingebracht, daß diese Provinz sich vom Canada-Kontrakt und eine eigene Dominion unter britischer Herrschaft bilde. Er verlangt eine Volksabstimmung in der Provinz und sagte, daß er diesen Antrag eingebracht habe, weil die großen Provinzen Ontario und Quebec das kleine Land Saskatchewan schmählich behandelten. Bei der Abstimmung über diese Frage zeigte es sich aber, daß nur einer Abgeordnete für eine Trennung Alberta Saskatchewans von Canada war; 14 Abgeordnete stimmten dagegen, darunter 7 liberale Liberalen.

* * *

Canada und die Liga.

Ottawa. — Obgleich die canadische Regierung beschlossen hat, von der Hand nach Mitgliedschaft der „League of Nations" zu bleiben, wird ein formeller Antrag auf Austritt der Dominion aus der Liga noch vor Beendigung der gegenwärtigen Sitzungsperiode erwartet vor dem Parlament gestellt werden, wie bekannt gegeben wurde.

Ein anderer wichtiger Antrag, der, wie erwartet wird, dem Parlament vorgelegt werden soll, ist die Ernennung eines canadischen Botschafters für Washington. Für die Ernennung eines solchen Botschafters dürfte aber wenig Hoffnung bestehen, ehe die Reichs-Konferenz der Dominion Premierminister anfangs Oktober in London zusammengetreten ist.

Die Angelegenheit bezüglich Anschlusses Canadas an die Pan-Amerikanische Union wird ihr Parlament ebenfalls zur Sprache kommen.

Rebellion in Irland in den letzten Zügen.

Der bewaffnete Widerstand kann nicht mehr lange weitergehen.

Dublin, 24. April. — Nach allgemeiner Meinung ist der bewaffnete Widerstand gegen den Freistaat dem Ende nahe. Die Aussicht auf dauernden Frieden hängt aber davon ab, auf welcher Weise der Widerstand zu Ende kommt. Ihn einfach auslöschen, täglich weniger wirksam werden zu lassen, bedeutet Monate lange vereinzelte Störungen und erzeugt in den Besiegten eine bleibende Erbitterung, die sich in Mordtaten Luft machen könnte. Bei einem solchen Verfahren müßten auch etwa 70,000 Gefangene festgehalten werden. Bis zu einem Verschwinden der letzten Spuren des Widerstandes wäre es zudem nötig, das Heer des Freistaates auf einer Stärke von 50,000 Mann zu halten, mit jährlichen Auslagen von 10,000,000 Pfund.

Die unionistische und nationalistische Presse empfiehlt einen Plan, welcher die Zwistigkeiten sofort enden kann und Irland Gelegenheit gibt, an die Arbeit zu gehen. Die Irish Press schlägt eine Besprechung zwischen der Regierung und republikanischen Leitern vor. Sie sagt, ein Nachgeben bei unwichtigen Punkten wäre kein Zeichen von Schwäche, vielmehr von Stärke. Der Irish Independent macht geltend, daß die Sieger es sich nicht leisten können, unerbittlich zu sein. Beide Blätter halten Mgr. Luzio, Sendboten des heiligen Stuhls, als gegenwärtig, um dieses Ziel durch seine Vermittlung zu erreichen. Eamon de Valera machte noch keine Angabe über den Vorschlag seines Hauptgehilfen Austin Stack, der ihn auffordert, eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten anzuordnen und weitere militärische Bemühungen für nutzlos zu erklären. Die öffentliche Meinung scheint abgemeugt, auch die eifrigsten Feinde des Freistaates hart zu beurteilen.

Rußland hungert noch

Berlin, 24. April. — Dr. Fridtjof Nansen, Ober-Kommissär der Völkerliga für das russische Hilfswerk, der auf seinem Wege nach Genf in Berlin war, erklärte, er glaube, es sei notwendig, daß die auswärtigen Hilfsorganisationen ihre Arbeit in Rußland fortsetzen, da nach seinen Berichten zwischen fünf und acht Millionen Personen mit Nahrung bis zum kommenden Herbst versorgt werden müßten. Bezüglich des Getreideexports Rußlands meinte Dr. Nansen, Rußlands Finanzlage sei so kritisch gewesen, daß die Regierung die Exporte habe erlauben müssen, um Geld für Gemüse und Kleesamen und andere für den Ackerbau nötige Materialien zu kaufen, was nächstes Jahr stark zur Besserung der Lage beitragen werde. Der Präsident der russischen Zentralkommission für Hungerhilfe, Kalinin, habe ihm kürzlich gesagt, die Soviet-Regierung würde es vorgezogen haben, ihr ganzes Getreide für die Leute im Hungergebiet zu verwenden, deren Zahl er vor der nächsten Ernte auf 5,000,000 schätze, aber sie sei in der Zwangslage gewesen, eine bestimmte Menge Getreide zu verkaufen, um das zur Hervorbringung von Viehfutter und Gemüsen nötige Material zu erlangen, das einen größeren Einfluß auf die Besserung der Nahrungsmittellage haben werde, als das exportierte Getreide.

Wie Dr. Nansen sagt, kauft er jetzt Roggen in Rußland, um die verhungernden Russen zu ernähren, da der dortige Preis weit unter dem in ausländischen Märkten ist, jedoch werde er durch die Ausfuhr von Getreide in die Höhe getrieben.

Türkische Delegaten nach Lausanne abgereist

Konstantinopel, 24. April. Geführt von Ismet Pascha, ist die aus 15 Köpfen bestehende türkische Delegation nach Lausanne abgereist, um mit Delegationen der Alliierten in neue Friedensverhandlungen einzutreten. Die türkische Nationalversammlung hat sich religiöser Feiertage halber bis zum 21. Mai vertagt, kann aber gegebenenfalls rasch einberufen werden.

Mustapha Kemal Pascha, Chef der Angora Regierung, erklärte bei einer Truppenbesichtigung: „Sollten die Nahe-Osten Friedensverhandlungen die Notwendigkeit zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ergeben, dann wird unsre Armee bereit sein, ihre Pflicht in dem hl. Kampfe zu tun."

Polen nimmt drohende Haltung gegen Deutschland an.

Berlin, 24. April. — Die deutsche Regierung muß dieser Tage die Augen offen halten, um die Gefahrsignale nicht zu übersehen, die aus allen Richtungen auftauchen.

Deutschlands Aufmerksamkeit muß auf die verstärkten Angriffsmaßregeln in der Ruhr, auf die Gefahren, die aus dem Unvermögen der Regierung, den Markwert auf der bisherigen Stufe zu halten und zugleich auf die drohende Haltung Polens, den dritten Störenfried am politischen Horizont, konzentriet werden.

Die Agitation gegen die Deutschen in Oberschlesien hat, eingelaufenen Depeschen zufolge, einen Umfang angenommen, der an den Aufstand der polnischen Insurgenten in 1921 erinnert. Die Straßen von Kattowitz wimmeln von französischen Offizieren und General Lebon, der dit polnischen Insurgenten in 1921 unterstützt haben soll, ist fortwährend zwischen Krakau und Kattowitz unterwegs.

General Foch und General Weygand, letzterer der Organisator der polnischen Armee, sind gleichfalls auf dem Schauplatz.

Ein Korrespondent der „Vossischen Zeitung", der nach dreimonatlicher Abwesenheit eben erst nach Kattowitz zurückkehrte, telegraphierte seiner Zeitung, daß er erstaunt ist, Polen in einer stark angriffslustigen politischen Stimmung zu finden, die jeden Friedensfreund mit bangen Vorahnungen erfüllen muß.

Es werden systematische Versuche gemacht, die polnische Bevölkerung zu überzeugen, daß das Land von einer unmittelbaren Gefahr von Außen bedroht ist. Man glaubt, daß dies geschieht, um — falls Polen dem von Frankreich ausgeübten Druck nachgibt — den Weg für ähnliche Sanktionen in Schlesien zu ebnen, wie Frankreich sie in der Ruhr ausübt.

Jüdische Kaufleute in Warschau schlossen ihre Läden gestern 4 Stunden lang als Protest gegen die antisemitischen Demonstrationen in der Stadt, die viele Todesfälle im Gefolge hatten.

Anleihe-Prospekt für Oesterreich gebilligt

Genf, 24. April. — Die von der Völkerliga eingesetzte Kontrollkommission der Staaten, welche die Wiederaufrichtung der Finanzverhältnisse Oesterreichs gewährleisten, haben den Bericht der Vertreter Oesterreichs entgegengenommen. Auf Grund der Prüfung dieses Berichts haben sie den Wortlaut des Prospekts einer langbefristeten Anleihe gutgeheißen. Diese Anleihe ist in zwanzig Jahren zurückzahlbar und wird durch die produktive Aktiva Oesterreichs gesichert und von den verschiedenen Staaten garantiert.

Canadische Bahnen ermäßigen Fahrpreise für Einwanderer.

Montreal. — Um die Einwanderung von Europa nach Canada zu fördern, haben die canadischen Eisenbahnen vereinbart, daß gleichzeitig mit der Wiedereröffnung der Schiffahrt im St. Lorenzstrom Einwanderern aus Europa, deren Reiseziel irgend ein Ort in Canada ist, eine bedeutende Ermäßigung der Fahrpreise gewährt werden wird. Die ermäßigten Fahrpreise nach Winnipeg und nach dem Westen Canadas, die ungefähr so hoch sein werden wie vor dem Kriege, werden Einwanderern, welche sich in europäischen Agenturen ihre Fahrkarten beschaffen, vom 19. April an berechnet werden. Vom 1. Mai an wird auch Einwanderern aus den Ver. Staaten, welche sich in Canada ansiedeln wollen, eine bedeutende Ermäßigung der Fahrpreise auf den canadischen Bahnen bewilligt werden.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Unruhen im Ruhrgebiet. — Politik und Wirtschaft in Canada. — Rebellion in den letzten Zügen. — Polens drohende Haltung. — Neueste Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Zur Unterhaltung und Belehrung.
S. 3—Weltumschau. — „Er war in Amerika."
S. 4—Aus canadischen Provinzen.
S. 5—Ein Abenteuer mit Tigern. — Der Modehut. — Allgemeines.
S. 6—Für die Kinder. — Für unsere Hausfrauen. — Für unsere Farmer.
S. 7—Erzählung: „Die Sünden der Väter."
S. 8—Regina und Umgegend.
S. 9—Alberta-Nachrichten. — Allgemeines. — Für kath. Leser: Bistumsvereins-Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Klassifizierte Anzeigen. — Allgemeines.
S. 12—Sind rechtfertigt Tauchbootkrieg. — Ein Bild aus der russischen Kathedralverfolgung. — Deutsche Abenteurer. — Kauft einen Sack Mehl für die Ruhrhilfe.